



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt IHU

Kapitalistischer Freihandel führt zu globaler Verarmung

von Peter Haisenko

Die Welt, die Weltwirtschaft, würde besser funktionieren, wenn alle Länder und Staaten die Güter selbst herstellten, die sie brauchen und im eigenen Land herstellen können. Sobald solche Güter importiert werden, weil sie im Ausland billiger sind, beginnt ein Teufelskreis, der beide Seiten in einen Strudel der Verarmung treibt.

In einer modernen Volkswirtschaft können nur wenige Länder alles eigenständig produzieren. Das ist kein Problem. Deswegen wird Handel betrieben. Denken wir da an Agrarprodukte, die nur in besonderen Klimata angebaut werden können. Oder an Rohstoffe, die im jeweiligen Land einfach nicht aus dem Boden geholt werden können, weil es sie nicht gibt. Die müssen importiert werden, wenn man sie haben will. Im Gegenzug gibt es Produkte, zu deren Herstellung manche Länder nicht in der Lage sind wegen mangelnder Fertigkeiten. Werden diese Güter grenzübergreifend gehandelt, in ausgeglichener Wertigkeit, erwachsen daraus keine Probleme. Jeder produziert was er kann und importiert, was er nicht selbst bewerkstelligen kann. Es darf nur **ausgeglichene Handelsbilanzen** geben, deren Ausgleich auch über mehrere Stationen/Länder erfolgen kann. Weltwirtschaft kann nur so dauerhaft funktionieren.

Von dem Moment an, wenn ein Land Güter importiert, die es selbst

herstellen kann, importiert, weil sie in einem anderen Land billiger hergestellt werden, beginnt der Teufelskreis. Und zwar auf zwei Ebenen. Doch widmen wir uns zuerst dem Umstand, warum die Produktion im einen Land billiger sein kann als in einem anderen. Im Normalfall liegt das an den Löhnen und Arbeitsbedingungen und an unterschiedlichen Vorschriften bezüglich Umweltschutz. Das bedeutet, dass das Land, das Billigwaren importiert, seine eigenen Sozial- und Umweltvorgaben Beiseite legt, wenn es um andere Länder und Gewinnziele geht. Das ist ein **koloniales Verhalten**. Wir wollen saubere Luft und Umwelt, ordentliche Sozialstandards, aber wie ihr lebt, ist uns schnurzegal. Hauptsache bei uns ist alles fein. Dem ist aber nicht so.

Im Importland gehen Wissen und Fähigkeiten verloren

Es beginnt damit, dass Fähigkeiten im Importland verloren gehen. Selbst wenn wir wollten, könnten wir zum Beispiel nicht mehr Textilien in ausreichendem Maß selbst herstellen. Wollten wir wieder Steinkohle fördern, müssten wir uns zuerst Fachleute aus dem Ausland, zum Beispiel aus der Türkei, ins Land holen, um wieder zu lernen, was fahrlässig aufgegeben worden ist. Die Liste ist lang. Aber es gibt auch die andere Seite und die ist nicht weniger fatal. In einer Zeit, die keinen permanenten

Mangel an Industriegütern kennt, eben heute, ist die Marktwirtschaft ausgehebelt. Sie wurde ersetzt durch **Käuferkartelle**. Die stellen die Länder, die billig produzieren, in gegenseitigen

Wettbewerb. Wenn es bei euch teurer wird, ziehen wir weiter in das nächste Billigland. Auf diese Weise haben die Billigländer keine Möglichkeit, ihre Sozial- und Umweltstandards den Importländern auch nur näher zu bringen. Sie bleiben gefangen in einem kolonialen Zustand.

Wie tropische Agrarstaaten verarmt wurden

Ich erwähne hierzu die Mittel- und Südamerikanischen Agrarstaaten, die ich bereisen durfte. In den Städten dort finden sich immer noch großartige Bauwerke aus dem späten 19. Jahrhundert. Heutzutage fragt man sich, wie die entstehen konnten, in diesen heute armen Ländern. Die Antwort ist einfach. Damals herrschte Mangel an den tropischen Produkten, die Länder gemäßigter Zonen haben wollten. Das heißt, es herrschte ein gesunder Wettbewerb zwischen den Käuferstaaten und die Preise für die exotischen Produkte waren so angemessen, dass sie nicht nur für Bauwerke ausreichten, sondern auch, dass die einfache Bevölkerung gut davon leben konnte.

Dieser Zustand passte den gierigen Kapitalisten nicht. So begannen sie, mit viel Kapitaleinsatz und auch militärischer Gewalt in diesen Ländern **große Agrarkonzerne** aufzubauen, die in kurzer Zeit den Mangel in einen Überfluss umwandeln konnten. Und schon rauschten die Preise in den Keller. Ein Mangelmarkt wurde zu einem Paradies für Käuferkartelle und die Staaten verarmten, weil sie keine ordentlichen Preise mehr durchsetzen konnten. Kam dann eine Regierung auf die Idee, diese Agrarkonzerne zu verstaatlichen, zum Wohle des Volks, dann

Aus dem Inhalt:

Leben ohne Netz	Seite 3
Schweizer Neutralitätsinitiative	Seite 5
Ungarn kippt um	Seite 7
Unsere verschwundene Vergangenheit	Seite 9
Wahlsieg für Brexit-Vorkämpfer	Rückseite

dauerte es nicht lang, bis diese Regierung von außen gestürzt wurde. Geht ja gar nicht, dass sich da sozialistische Ideen etablierten. Im 20. Jahrhundert geschah dann dasselbe mit Staaten, die auf großen Ölvorkommen saßen. Man denke da an den Irak, Bagdad kurz nach dem Ersten Weltkrieg oder den Iran 1952 oder Libyen 2011. Mit allen unredlichen Mitteln wurde und wird verhindert, dass die auf einen grünen Zweig kommen, gar darüber bestimmen, zu welchem Preis sie an wen verkaufen können. Es gibt **keine Lieferantenkartelle**, die den Käuferkartellen trotzen könnten. Auch die OPEC ist nur ein Papiertiger. Dasselbe erleben wir auch im inländischen Agrar- und Milchmarkt.

Kapital kennt keine Heimat

Adam Smith, der englische Wirtschaftstheoretiker, hat in seinem dritten, letzten Werk erkannt, dass das Kapital keine Heimat kennt. Dieser dritte Band ist weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl Smith selbst diesen als seinen wichtigsten bezeichnet hat. Er hatte erkennen müssen, dass es den Kapitalisten gleichgültig ist, wo sie ihren Gewinn herstellen. Hauptsache Gewinn so hoch wie möglich. Das gilt bis heute. Als es noch Staaten gab, deren Regierungen das Wohl ihrer Bürger am Herzen liegt, wurden Zölle erhoben, um die ungezügelte Ausbeutung zu mildern, bestenfalls zu beenden. Und natürlich die eigene Industrie zu schützen vor Billigimporten, die die eigene Wirtschaft zerstören werden. Der geradezu zur Religion erhobene Freihandel ist in Wahrheit eine Orgie der Gier, die die Strukturen letztlich aller Volkswirtschaften zerstört. Eben auch die der Importeure, denn in diesen Ländern wird dann wegfallende produktive Arbeit durch sinnlose weil unproduktive Bürokratie ersetzt. Da sind wir dann gut gerüstet für die Verwaltung der zu erwartenden Mangellage, die kommen wird, weil wir verlernt haben, für uns selbst zu sorgen.

Die kapitalistische Gier ist nicht zukunftsfähig, weil der Blick immer nur auf den schnellen Gewinn gerichtet ist. Man will ja seinen Bonus haben und was danach ist, darum sollen sich die nächsten kümmern. Mit dem Freihandel liegt es ähnlich. Es werden schnelle Gewinne gemacht ohne Rücksicht auf nachhaltige Zerstörung bewährter Strukturen. Auf Erden gibt es nun mal unterschiedliche Menschen, unterschiedliche Kulturen und Gegebenheiten natürlicher

Art. Wir haben aber nur diesen einen Planeten und wenn alle Menschen in Würde leben können sollen, dann müssen schwächere oder unterentwickelte geschützt sein. Und nein, nicht alle Menschen müssen auf demselben (Konsum-)Niveau leben. Aber sie sollten zumindest das Niveau erreichen können, was ihren Fähigkeiten entspricht. Gerade daran werden sie gehindert, indem sie ausgebeutet werden von denen, die es können.

Die manipulierten Währungsparitäten

Um das Bild abzurunden, muss man noch die Währungspolitik betrachten. Allen Ländern, die Billigprodukte herstellen, wird ein angemessener Wert ihrer Währung verweigert. Sie ist gnadenlos unterbewertet. Blicken wir auf die Stundenlöhne. Fakt ist, dass eine Näherin in Bangladesch nur einen Bruchteil des Lohnes erhält, der einer europäischen Kraft für dieselbe Arbeit zusteht. Jedenfalls wenn die Landeswährung in Euro oder Dollar umgerechnet wird. Das ist ein wesentlicher Faktor, dass diese Billigproduktion überhaupt eine sein kann. Die betroffenen Länder haben keine Möglichkeit sich dagegen zu wehren, denn die Wechselkurse werden von den großen Industriestaaten diktiert. So müssen die Wechselkurse als erstes richtiggestellt werden. Es muss gelten, dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird, egal in welcher Währung oder in welchem Land.

Allein diese Korrektur würde bereits die Vorteile von Billigimporten dahinschmelzen lassen, bis es sich nicht

mehr lohnt. Auch hieran lässt sich erkennen, wie sehr die Unsitte der Auslagerung von Produktion in Billigländer ebendiesem schadet, weil sie ausgebeutet werden und so auf keinen grünen Zweig kommen können. Diese Auslagerung ist die Fortführung des Kolonialismus in getarnter Weise. Die betroffenen Länder können sich nicht dagegen wehren, es sei denn, sie verweigern ihre Mitarbeit. Das aber würde die eh schon jämmerliche Lage dort nochmals verschlimmern. Arbeitslose en masse und keine Devisen, um Produkte einzukaufen, die im Land benötigt aber nicht bezahlt werden können. Finanzierung durch Schulden? Das dürfen nur die USA und in kleinerem Maß die westlichen Industriestaaten.

Die Welt braucht einen Neustart

Betrachtet man das ganze Schlamassel, kann man nur zu einem Schluß kommen: Das gesamte Weltwirtschafts- und Finanzsystem muss komplett neu aufgestellt werden. Das bestehende System schützt und fördert nur die Gier der Industriestaaten und ihrer mehr oder weniger anonymen Anführer aus dem „Geldadel“, die Oligarchen. Genau dem muss die Grundlage genommen werden. Es wird einen Systemwechsel geben müssen, der zuverlässig die Bildung von Milliardenvermögen verhindert, die größer sind als manche Staatshaushalte und so die Politik dominieren können. Wir müssen zurückfinden zu **ehrlichem Handel zu fairen Bedingungen** und dazu zählen auch faire Wechselkurse.

Kann es da eine Lösung geben? Ja, es kann. Lesen Sie das Werk „Die Humane Marktwirtschaft“ von Peter Haisenko. Sie werden erstaunt sein, wie einfach es sein könnte, zu einer gerechten Welt, allgemeinem Wohlstand und dauerhaftem Frieden zu finden. Frieden, weil die für Krieg benötigten Kapitalmengen einfach nicht mehr da sind. Dieses Werk ist so aufgestellt, dass es jeder verstehen kann, weil das ganze überflüssige Finanzlatein nicht verwendet wird. Ja, es ist so einfach, dass es schon in die rechte Ecke gestellt werden könnte. Aber ist es nicht so, dass uns gerade diese künstliche Verkomplizierung in das Schlamassel getrieben hat, das sich als untauglich für allgemeinen Wohlstand und Frieden gezeigt hat? Schöpfen Sie Hoffnung durch das Wissen, dass es möglich ist.



Bestellen Sie Ihr Exemplar im Buchhandel oder direkt beim deutschen Anderwelt-Verlag: 81667 München, Preysingplatz 2. Tel. +49-89 332 093. E-mail: buch@anderweltverlag.com

Um das klarzustellen, „Die Humane Marktwirtschaft“ hat nichts mit sozialistischen Ideen gemein. Im Gegenteil stellt sie eine funktionierende Marktwirtschaft wieder her und Käuferkartele wird es nicht mehr geben. Die

Humane Marktwirtschaft wird den Menschen Wohlstand und Freiheit in einem Maß schenken, das bislang utopisch erschien.

Quelle: <https://rb.gy/2tixd1>

„Leben ohne Netz“ – mein Weg und meine Erfahrungen

von Ingrid Weber

Vor 32 Jahren, als sich **66,6 %** der Österreicher bei 82,3% Abstimmungsbeteiligung für einen Beitritt zur EU entschieden haben, habe ich so wie die Zeitschrift „Wegwarte“ in meiner damaligen „Natürlich Leben“-Postaussendung keine rosigen Zukunftsaussichten prognostiziert und zwar auf allen Ebenen, z.B. dass der Euro zum Teuro wird, dass das Kleinbäuerntum aussterben wird, dass die Konzentration der Konzerne zunehmen wird und dass vor allem die Souveränität gefährdet sein wird, da EU-Recht vor Landesrecht gilt. Und tatsächlich hat sich die EU als ein lebensfeindliches System herausgestellt, das auf allen Ebenen den zerstörerischen Weg unbeirrt fortsetzt. Ich schrieb damals, dass man sich von solchen zersetzenden Systemen distanzieren soll, selbstverantwortlich denken und handeln sollte und wenn möglich so schnell wie möglich wieder aussteigen sollte. Die IHU war die einzige Initiative, die den EU-Austritt konsequent verfolgt hat, das EU-Austrittsvolksbegehren initiiert und immerhin über **261.000** amtlich beglaubigte Unterschriften gesammelt hat. Es ist trotzdem nicht zu einer Volksabstimmung gekommen. Die EU hat sich inzwischen zu einer **Kriegsunion** gewandelt und die Neutralität Österreichs ist extrem gefährdet.

Hans A. Pestalozzi stellt in seinem Buch „Auf die Bäume Ihr Affen“ die Kardinalsfrage: „Womit änderst du wohl mehr: indem du krampfhaft versuchst, gegen das System zu kämpfen oder es verändern zu wollen oder indem du grundsätzlich anders lebst und dich dem System so gut wie möglich entziehst?“ Seitdem hat mich diese Frage begleitet und veranlasst, soweit es mir möglich ist, auszusteigen bzw. gar nicht einzusteigen, was mir großteils auch gelungen ist. Das heisst natürlich nicht, dass man sich für gesellschaftspolitische Themen, die man für wichtig erachtet, nicht engagieren und aufklären soll!



Mein letzter großer Ausstieg war am 27. September 2024, als ich meinen bestehenden Zähler von der Netz N.Ö. demontieren und abholen ließ, um vollkommen strom-autark zu sein und netzlos zu leben.

Österreich - Vorreiterrolle

Österreich spielte wieder eine besondere Rolle! So wie in der Coronazeit in keinem anderen Land eine Pflichtimpfung im Raum stand, so war das Ziel, Österreich bis Ende 2025 zu 99% mit Smartmeter zu versorgen – wenn nötig mit Zwang –, was auch in keinem anderen Land der Fall war. Nicht einmal in Deutschland, wo seit 2025 nur für Verbraucher ab 6.000 kWh Smartmeterpflicht besteht, wobei die meisten Haushalte darunter liegen. In Österreich wurde die Umstellung bzw. der Austausch bereits 2023/2024 in allen Bundesländern massiv vorangetrieben. Viele Smartmeter-Verweigerer bekamen Klagen, die sie letztlich verloren, sie mussten einen Smartmeter akzeptieren und die Gerichtskosten bezahlen.

Auswirkungen/Funktion des Smartmeters

Grundsätzlich ist die europäische Ausrollung von Smartmetern, welche die EU beschlossen hat, ein wichtiges Überwachungs- und Kontroll-

instrument. Smartmeter-Kritiker lehnen das Gerät vor allem aus datenschutzrechtlichen und /oder gesundheitlichen Gründen ab. Auf der Homepage www.stop-smartmeter.at gibt es sehr viele Informationen zum Thema.

Prüfung wegen Datenschutz am Europäischen Gerichtshof

Roswitha Vizvary, die wegen Datenschutz den Smartmeter verweigert hat, wurde geklagt, durchlief mit dem Rechtsanwalt Mag. Gottfried Forsthuber alle Instanzen bis zum Landesgericht St. Pölten, diese gaben die Sache an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg weiter. Im Herbst 2025 war dort die Anhörung und wir dürfen gespannt sein, wie der Entscheid, der bis Ende 2026 zu erwarten ist, ausfällt.

Mein Ausstieg und die Jahre davor

Bereits 2014, als die Rede war, dass Smartmeter eingeführt werden, habe ich vorwiegend aus gesundheitlichen Gründen schriftlich abgelehnt. Von 2022 - 2024 gab es wiederholt Aufforderungen für den SM-Wechsel und der Vereinbarung eines Termins, obwohl mein alter Zähler bis Ende 2024 geeicht war. Die Plattform „Stop-Smartmeter“ (Fritz Loindl) hat alles versucht, damit die Freiwilligkeit des Einbaus erreicht wird, vor allem bei noch nicht eichfälligen Zählern, aber trotz Zusagen von E-Control, vom Ministerium und Bürgeranwalt wurde darüber hinweg gegangen.

Im Frühjahr 2024 wurde ich auf „Duldung und Tausch Smartmeter“ geklagt. Nach reiflicher Überlegung habe ich der Netz N.Ö. und deren Anwalt Scribe mitgeteilt, dass ich künftig ohne öffentliches Netz leben werde und mein alter Zähler wurde am 27. September 2024 ausgebaut und mitgenommen. Die Klage wurde trotzdem nicht zurückgezogen und bei der Verhandlung

am Bezirksgericht im Oktober 2024 lebte ich bereits etliche Wochen ohne öffentliches Netz, trotzdem blieb die Klage auf „Duldung und Einbau des Smartmeters“ aufrecht ! Der Richter schlug eine außergerichtliche Einigung vor, da der Klagsgrund nicht mehr besteht, dies lehnte der Rechtsanwalt ab.

Ich bekam eine neuerliche Klage mit dem Klagsgrund: ob ich Grund zu Klage gegeben hätte ! Die Verhandlung im Februar 2025 ging zu meinen Gunsten aus. Scribe erhob Einspruch und die Sache ging an die nächste Instanz, an das Landesgericht St. Pölten. Ich war sehr erleichtert, dass auch dort die Sache zu meinen Gunsten ausging und diese belastende Sache hiermit erledigt war.

Meine PV- und Insel-Anlage

Ich muss vorausschicken, dass ich auf dem Gebiet der Technik und Elektrizität gänzlich unbegabt bin und womöglich manche enttäusche, weil ich nicht mit mehr technischen Auskünften aufwarten kann. Seit 2014 habe ich eine Photovoltaik-Anlage 3,36 KWP bestehend aus 12 Modulen. Bis zum Ausstieg habe ich den Überschuss an die AAE (Alpen Adria Energie) geliefert.

Ich habe (vielleicht wie andere auch) geglaubt, das ich mit der PV-Anlage bei einem Blackout mit Strom versorgt werde, bis ich erfahren habe, dass bei einem Blackout auch die PV-Anlage nichts liefert, da sie eine gewisse Spannung für den Betrieb benötigt. Deshalb ist eine Inselanlage notwendig. Somit habe ich 2021 eine Inselanlage (Victron) mit 12 Bleibatterien installieren lassen, wobei ich lediglich im Keller ein Display habe, wo man ablesen kann, wieviel Strom die PV-Anlage liefert, wie hoch die Batterie gefüllt ist und wieviel ich ins öffentliche Netz speise. Ich habe kein sog. Regelsystem für den Laptop, wo ich minütlich alles verfolgen kann. Um die Funktion des Systems zu durchblicken und zu schauen, wieviel Energie welches Gerät benötigt und wieviel die PV-Anlage einspeist, habe ich sehr oft „Stiegentraining“ absolviert. An die Anlage ist mit Ausnahme des Backrohrs (dafür ist die Anlage zu klein) alles angeschlossen.

Mein jährlicher Stromverbrauch betrug durchschnittlich 1200 kWh und ich konnte einen Überschuss von ca. 2900 kWh an die AAE liefern



(über das Stromnetz von Netz N.Ö.). Im Winter musste ich ca. 400 kWh Strom zukaufen. Zuerst nur als Notlösung für Blackout gedacht, machte ich drei Jahre lang Erfahrungen und kam zum Schluss, dass ein gänzlicher Ausstieg machbar ist. Dabei war mir völlig bewusst, dass ich bei dieser relativ kleinen Anlage im Winter einige Einschränkungen in Kauf nehmen muss.

Mein Haus wird mit Kachelofen beheizt, die Warmwassergewinnung erfolgt ebenfalls über Kachelofen und von Frühjahr bis Herbst wird Boiler elektrisch betrieben. An den Kachelofen ist ein Kochherd angebaut, der fast täglich fürs Kochen verwendet wird, im Sommer verwende ich den Elektroherd. Ich benötige relativ wenig elektrische Geräte, habe keinen Geschirrspüler und keine Tiefkühltruhe und der Kühlschrank steht im kalten Abstellraum. Das wichtigste elektrische Gerät seit 40 Jahren ist bei mir die Getreidemühle, wo ich für Gerichte, Backwaren und Müsli Dinkel und anderes Getreide frisch vermahle. Warum? Weil nur im frisch gemahlene Getreide der wichtige Vitamin-B-Komplex vollständig enthalten ist.

Die Anlage habe ich mir hart erspart, sie kostete ca. Euro 19.000,-, wobei die PV-Module jetzt viel billiger sind als damals. Dafür habe ich auf ein besseres Auto oder große Reisen verzichtet, meine gänzliche Strom-Autarkheit war mir dies wert.

Meine Erfahrungen mit Leben ohne Netz

Glücklicherweise ist der Ausstieg im Herbst gewesen und ich hatte keine Einschränkungen, außer dass das Backrohr kalt blieb (wobei dieses Manko durch die Anschaffung eines Gasofens mit Backrohr behoben werden wird). Trotzdem wurde ich seitdem viel energiebewusster, ich lasse nicht in mehreren Räumen das Licht eingeschaltet, schalte den Laptop ab oder wähle bei der Waschmaschine das Kurzwaschprogramm. Den Winter 2024/2025 überstand ich überraschend gut. Im Sommer verpufft halt der nicht benötigte Strom, den ich im Winter gut gebrauchen könnte ! Bis zum 23. November 2025 funktionierte alles sehr gut, von der Waschmaschine über den Staubsauger bis zur Brunnenpumpe. Danach setzte bis Ende Dezember/Anfang Jänner 2026 die große Nebelzeit ein und natürlich gab es auch kurzfristig Schnee auf den Modulen, was das kleinere Problem war. Man kann für solche Notsituationen einen Generator verwenden, der die Batterien speist, damit man Strom hat. Da es länger gedauert hat, bis der Generator, den ich mir gekauft habe, installiert wurde, musste ich strommäßig insgesamt ca. 15 Abende sehr spartanisch leben, was eine völlig neue Erfahrung für mich war, für die ich sehr dankbar bin. Man kann auch das überleben und mehr noch: eine völlig neue Lebensqualität hat sich mir eröffnet: nur alle 4 Tage kurz die Mails anschauen und ansonsten bleibt der Laptop abgeschaltet. Kerzenlicht am Abend, viel mehr Zeit zum Lesen (mit Stirnlampe !), Nachdenken und Entspannen ! Das Wichtigste ist, dass man warm einheizen kann und Essen kochen kann.

Nachdem der Generator angeschlossen war, bin ich trotzdem sehr bewusst mit dem Stromverbrauch umgegangen. Nach Ende der Nebelzeit hat sich wieder alles normalisiert. Lange Stangen, wo man den Schnee auf den Modulen entfernen kann, wären vorteilhaft, habe ich aber noch nicht. Am besten wären einige Module an einer Hauswand, die schneefrei bleiben und Strom liefern.

Meine Empfehlungen für Blackout

Es ist klar, dass es nicht jedem Haushalt möglich ist, komplett auszusteigen, aber es ist empfehlenswert, auf einen möglichen Blackout vorbereitet zu sein. Eine kleine Inselanlage

mit ein paar Modulen und Batterien reichen zur Not aus, manche schaffen dazu auch ein Notstromaggregat an. Nach meinen Erfahrungen empfehle ich: Stirnlampe, Kerzen, Zünder, zum Kochen gibt es Camping-Kocher mit Kartusche oder größere Kocher für eine 10 Liter Gasflasche, zum Beheizen eines Raumes gibt es Heizkörper, die mit Gas betrieben werden, ein mobiles Solarpanel zum Laden von Smartphones und ein kleiner Lebensmittelvorrat können auch nicht schaden.

Mein Resumé

Ich habe den Schritt in das Leben „ohne Netz“ nicht bereut und habe vor allem gelernt, dass nichts selbstverständlich ist. Wir denken oft über den Stromverbrauch nicht nach, weil eh alles aus der Steckdose kommt.

Gerade was in den letzten Monaten im Nahen Osten passiert ist (und wer weiß, was noch alles auf uns zukommen wird !) zeigt uns doch, dass nichts in unserem ach so zivilisierten Westen selbstverständlich ist. Seien wir doch dankbar für das, was wir für so selbstverständlich betrachten, egal ob es sich um Strom, Wasser, Lebensmittel oder anderes handelt.

Wie bereits gesagt, ist ein kompletter Ausstieg aus dem öffentlichen Netz nicht für jeden Menschen/Haushalt möglich, aber vielleicht lohnt es sich nachzudenken, wo ein persönlicher „Ausstieg“ notwendig ist, wegen unzumutbaren/nicht akzeptablen Bedingungen oder krankmachenden Milieu - in welchem Bereich auch immer, ob persönlich oder gesellschaftlich. Für die kommenden Zeiten werden wir

noch reichlich Gelegenheit bekommen, wo sich jeder Einzelne entscheiden wird müssen, was er akzeptieren und verantworten kann und wo er Halt und Nein sagen muss. Ich wünsche Ihnen Alles Gute und viel Mut für einen möglichen Ausstieg, auf welchem Gebiet auch immer !

Ingrid Weber

Gesundheitsberaterin und Erwachsenenbildnerin, war 35 Jahre aktiv mit Vorträgen, Vorkochkursen und Seminaren tätig. Selbstversorgerin zu 80 % mit Gemüse und Obst, seit 40 Jahren Vegetarierin, lebt ohne Fernseher in N.Ö. Seit vielen Jahren im engeren Team der IHU.

Kontakt: weber-ingrid@aon.at

Neutralitätsinitiative - mit Riesenschritten zur Volksabstimmung

von Dr. jur. Marianne Wüthrich

Im Herbst 2026 wird es eine auch für Österreich enorm wichtige Volksabstimmung in der Schweiz geben, deren Ergebnis aufgrund der direkten Demokratie der Schweiz für die Regierung (die dort „Bundesrat“ heißt) bindend sein wird. Die Bevölkerung wird über eine „NEUTRALITÄTSINITIATIVE“ abstimmen können, die durch die Unterschriftensammlung zahlreicher Gruppierungen zustandekam, die sich dafür in einem überparteilichen Komitee zusammengeschlossen haben. Nachstehend dazu ein Artikel vom März 2026 von **Dr. jur. Marianne Wüthrich**, Juristin und Pädagogin, die für die Zeitschrift „Zeit-Fragen“ schreibt und Co-Initiatorin der Neutralitätsinitiative ist. Gemeinsam mit ihrem Mann Dr. rer.publ. Werner Wüthrich verfaßte sie die sehr informative Broschüre „Neutralität als Chance für die Schweiz und für die Welt“ - siehe file:///M:/Downloads/neutralitaet-als-chance-240819_mw-online-2.pdf

In der Frühjahrssession 2026 wurde die Neutralitätsinitiative in einem unüblichen Eilverfahren durch die parlamentarische Differenzvereinbarung geschleust – wohl um den Initianten ihre Zeit für die Vorbereitung der Volksabstimmung zu kürzen. Vor lauter Pressieren kamen die Parlamentarier offenbar kaum zum Denken, entsprechend sahen die Resultate aus. Genau um dies zu vermeiden, bereinigen der National- und der Ständerat in der Regel ihre Differenzen von einer Session zur nächsten und geben sich damit jeweils drei Monate Zeit bis zur nächsten Debatte. Am Ende des rasanten Hin und Her wurde der gehaltvolle Initiativtext zu einem Gegenvorschlag mit einem einzigen Satz zusammengeschrumpft und schliesslich Initiative und Gegenvorschlag von der Mehrheit beider Kammern abgelehnt. Wir können froh sein, dass das Parlament zu einer Volksinitiative lediglich eine Abstimmungs-

empfehlung herausgeben kann. Das Sagen haben Volk und Stände. Die Volksabstimmung wird diesen Herbst stattfinden.

Zur Erinnerung: Am 19. Juni 2025 befasste sich der Ständerat in einer intensiven dreistündigen Sitzung mit der Initiative, eine ganze Reihe von Ratsmitgliedern aus verschiedenen Parteien bekannte sich auf eindruckliche Weise zur Schweizer Neutralität. Schliesslich lehnte der Ständerat die Initiative mit 33 zu 9 Stimmen ab, stimmte aber mit 27 zu 15 Stimmen (bei 1 Enthaltung) einem direkten Gegenvorschlag sehr deutlich zu. Damit wollte er die Neutralität als Grundsatz in der Bundesverfassung verankern, wobei allerdings wesentliche Inhalte des Initiativtexts – die eigentliche Kernfragen der Schweizer Neutralität betreffen – weggelassen würden.

Initiativtext

Art. 54a

Schweizerische Neutralität

1 Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

2 Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.

3 Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

4 Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Gegenvorschlag des Ständerats vom 19.6.2025

Art. 54a

Schweizerische Neutralität

1 Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

2 Der Bund nutzt die Neutralität, um die Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten, Konflikte zu verhindern oder zur Lösung von Konflikten beizutragen. Er steht als Vermittler zur Verfügung.

Seilziehen in der Frühjahrssession

Am 5. März hat der Nationalrat, zwar mit 86 Wortmeldungen, aber mit weit weniger Tiefgang als die kleine Kammer, sowohl die Initiative als auch einen direkten Gegenvorschlag deutlich abgelehnt. Am 12. März entschied der Ständerat ganz knapp mit 21 zu 21 Stimmen und mit Stichentscheid des Ständeratspräsidenten, an seinem Gegenvorschlag festzuhalten. Am 17. März blieb der Nationalrat bei seinem Nein zu Initiative und Gegenvorschlag.

Am 18. März strich der Ständerat den 2. Absatz seines Gegenvorschlags und reduzierte diesen auf den einen Satz: «Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.» Dies einzig und allein, um den Nationalrat zum Einlenken zu bewegen. Ein Trauerspiel! Aber selbst diese Minimalfassung ging Bundesrat Ignazio Cassis zu weit: «Der Bundesrat ist weiterhin davon überzeugt, dass die gegenwärtige Neutralitätskonzeption mit dem vorhandenen Handlungsspielraum der beste Weg ist, um die Interessen der Schweiz zu wahren. Deswegen ist er weiterhin davon überzeugt, dass weder die Annahme der Neutralitätsinitiative noch des heute vorliegenden Gegenentwurfs im Interesse der Schweiz wären.»

Ebenfalls am 18. März hat der Nationalrat auf seinem Nein auch zur Minimalvariante eines Gegenvorschlags beharrt. Am 19. März lehnte die Einigungskonferenz knapp mit 14 Nein zu 12 Ja einen Gegenvorschlag

„Wird die Neutralität Österreichs durch die EU ausgehöhlt?“

Zu diesem Thema hielt IHU-Obfrau **Inge Rauscher** kürzlich auf Einladung des „Volksbildungskreises“ einen Vortrag in Wien, der auch live aufgenommen wurde. Sie können diesen per nachfolgendem Link miterleben und online weiterverbreiten: <https://rb.gy/pfpdjh>

ab. Die Mehrheit der Einigungskonferenz beantragte schliesslich: «Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.» Vergeblich verlangte eine Minderheit von acht Konferenzmitgliedern (nicht nur der SVP), den Antrag abzulehnen, so dass das Parlament keine Abstimmungsempfehlung hätte herausgeben dürfen. Am selben Tag stimmten beide Räte dem Antrag der Einigungskonferenz zu. Wie gesagt, zum gründlichen Überlegen, was das Beste für die Schweiz ist, war keine Zeit.

Glaubwürdigkeit als neutrales Land in der Welt

Jeder Schweizer, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, bekommt hautnah mit, wie der Bundesrat «die Interessen der Schweiz wahr», beziehungsweise seinen «Handlungsspielraum» missbraucht! Mit der Teilnahme der Schweizer Armee an Nato-Bündnisfallübungen, mit dem Transit fremder Truppen und der Luftbetankung im Schweizer Luftraum, mit der Zulassung von Waffenexporten an eine ausgewählte Staategruppe und Exportkontrolle oder -verbote für den «Rest der Welt», mit neutralitätsrechts- und völkerrechtswidrigen Sanktionen gegen Staaten und Einzelpersonen inklusive Einfrieren ihrer Gelder auf Schweizer Bankkonten. Mit dieser ungeheuerlichen und unschweizerischen Aussenpolitik wahrte der Bundesrat vielleicht die Interessen der westlichen Grossmächte und ihrer Konzerne, sicher aber nicht die Interessen der Schweizer Bevölkerung. Auch beschädigt er fortgesetzt die Glaubwürdigkeit der Schweiz in der Welt, als neutrales Land, das seine selbstgewählten und weitherum geschätzten Verpflichtungen gegenüber den Menschen und Völkern wahrnimmt.

Schweizervolk wird über die Neutralität unseres Landes entscheiden

Die Neutralitätsinitiative will die Abkehr Bundesberns vom Neutralitätsprinzip, das für unser Land von existentieller Bedeutung ist, stoppen. Zu diesem Zweck sollen die grundlegenden Kriterien der Schweizer Neutralität in der Verfassung festgeschrieben werden. Diese Kriterien haben die Initianten nicht neu erfunden, sondern sie waren bis vor wenigen Jahren jeder Schweizerin und jedem Schweizer klar. Dass unsere Sicherheit am besten geschützt werden kann, wenn wir uns aus fremden Kriegen und Kriegsbündnissen heraushalten, ist kein «Mythos von Marignano», sondern erlebte Erfahrung auch in neuerer Zeit. Ebenso einleuchtend ist, dass die Übernahme von Sanktionen fremder Mächte gegen Drittstaaten unser Land untauglich macht als glaubwürdige Vermittlerin.

Österreicher, nicht vergessen:

Aktive FRIEDENSPOLITIK statt KRIEG!

VOLKSBEGEHREN
JETZT unterschreiben



in jedem Gemeindeamt oder auf

<https://p-on.voting.or.at>

Nun wird das Schweizervolk im Herbst ohne Ablenkung durch einen blutleeren Gegenvorschlag über die Grundsatzfrage entscheiden: Wollen wir an der Neutralität festhalten und damit den Kern der Identität der Schweiz und ihre Glaubwürdigkeit im Ausland behalten, oder beugen wir uns dem Druck fremder Mächte, den Weg der Schweiz zu verlassen und uns ihrem Kommando unterzuordnen?



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

Ungarn kippt um: US-Lobbyistin Anita Orbán als Vize-Premierministerin und Außenministerin

von Dr. Peter F. Mayer, TKP, Blog für Science und Politik (gekürzt)

Am 9. Mai 2026 wurde Anita Orbán (keine Verwandtschaft mit Viktor) als stellvertretende Ministerpräsidentin und Außenministerin vereidigt. Die Frau ist keine neutrale Diplomatin – sie ist eine durch US-Globalisten-Think-Tanks geschulte PR-Agentin für amerikanische Flüssiggas-Exporte.

Das schreibt der renommierte Ökonom Professor Richard A. Werner auf X in aller Deutlichkeit. Werner, einer der schärfsten Kritiker der westlichen Energie- und Ukraine-Politik, nennt es beim Namen: „Anita Orban wird heute als Vize-Ministerpräsidentin und Außenministerin von Ungarn vereidigt, wodurch sie die Energiepolitik Ungarns drastisch in Richtung der Interessen der USA und der Ukraine umlenkt und die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation des Krieges in Europa erhöht.“

Und weiter: Sie sei eine US-Politik-Lobbyistin, die schon 2014 vor dem US-Kongress russisches Gas als „aggressiv“ und „Bedrohung“ brandmarkte und für amerikanische LNG-Lieferungen warb. Eingeführt wurde sie früh von Ex-CIA-Chef George Bush senior. Jetzt ist sie die eigentliche Speerspitze der atlantistischen, Soros/CIA/MI6-gestützten Kräfte hinter dem neuen Premierminister Péter Magyar.

Und genau das bestätigt jetzt auch der kanadische Wissenschaftler Denis Rancourt in einem weiteren brisanten Beitrag. Er schreibt wörtlich: „Dieser Bericht der unabhängigen Journalistin @_taylorhudak zeigt die geopolitische Maschinerie der USA in Europa und wie Ungarn nun unter seiner neu gewählten Führung gefangen ist, die die anti-globalistischen, anti-EU-Vorgaben Viktor Orbáns ersetzt hat.“

Der perfekte Timing: Nach dem Wahlsieg der Tisza-Partei

Im April 2026 hat Péter Magyar die Tisza-Partei Viktor Orbán und Fidesz mit Zweidrittelmehrheit aus dem Amt gefegt. Die neue Regierung schwenkt sofort auf die Linie Brüssel/Washington um. Weg mit der blockierenden Haltung gegen Sanktionen, weg mit der pragmatischen Energiepolitik, die Ungarn (und weite Teile Mitteleuropas) jahrelang vor dem Totalzusammenbruch bewahrt hat.

Dieser Wechsel hat erhebliches Potenzial, die ohnehin angespannte Lage in Europa weiter zu verschärfen. Ungarn war bislang einer der wenigen EU-Staaten, die eine eigenständige, auf Energieversorgungssicherheit und Verhandlungen ausgerichtete Position vertraten. Mit der neuen Führung droht Budapest nun, sich der harten anti-russischen Linie Brüssels und Washingtons anzuschließen. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation des Ukraine-Konflikts – genau das, was Werner als „Likelihood of escalation of the war in Europe“ beschreibt.

Für die EU bedeutet dies einen weiteren Schritt in Richtung Zentralisierung und Konfrontation. Statt auf Diplomatie und wirtschaftliche Vernunft zu setzen, wird die Abhängigkeit von teurem US-LNG gefestigt. Europäische Bürger zahlen bereits seit Jahren die Rechnung in Form explodierender Energiepreise, Deindustrialisierung und sinkender Wettbewerbsfähigkeit. Eine Verhärtung der Fronten gegenüber Russland würde diese Krise weiter verschärfen – mit katastrophalen wirtschaftlichen Folgen für den gesamten Kontinent.

Die Konsequenzen für die EU: Energiepreis-Explosion und Deindustrialisierung 2.0

Ungarn war bisher der letzte relevante Bremser in der EU. Mit Anita Orbán an den Schalthebeln der Außen- und Energiepolitik fällt diese Bremse weg. **Die Folgen:**

Noch höhere Energiepreise für die gesamte EU. US-LNG ist teurer, weniger zuverlässig und geopolitisch erpressbar. Deutschland, das schon nach dem Nord-Stream-Sprengung seine Industrie verliert, wird weiter bluten.

Weitere Fragmentierung der EU-Wirtschaft. Während Osteuropa teils noch halbwegs durchhält, treibt Westeuropa (allen voran Deutschland) in die Rezession.

Die Konsequenzen für den Ukraine-Krieg: Eskalation statt Verhandlung

Anita Orbán steht für eine harte anti-russische Linie. Werner warnt explizit: Diese Personalie erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation des Krieges in Europa. Ungarn blockierte bisher Waffenlieferungen, Sanktionspakete und NATO-Erweiterungen. Jetzt wird Budapest zum willigen Erfüllungsgehilfen Kiews und Washingtons. Das passt perfekt zu den ohnehin schon offenen Kriegsplänen von EU und Deutschland gegen Russland:

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius und hohe Generäle sprechen offen von möglichen russischen Angriffen auf NATO-Territorium bereits in den kommenden Jahren. Geheime Operationspläne für einen Großkrieg, Verlegung Hunderttausender Soldaten Richtung Osten und die Beschaffung weitreichender Waffensysteme laufen auf Hochtouren, so das Militärmagazin Defense News.

Neue Sanktionswellen, weitere Waffenlieferungen, mögliche Truppenentsendungen unter EU-Flagge – mit Ungarn im Boot fehlt der letzte interne Widerspruch.

Das Ziel ist klar: Russland wirtschaftlich und militärisch zermürben, um die eigene energiepolitische und geopolitische Niederlage zu kaschieren. Dass dabei Europa selbst zum Schlachtfeld werden könnte, wird billigend in Kauf genommen.

Die Ernennung in Ungarn passt perfekt ins Bild: Atlanticistische Netzwerke, US-Energieinteressen und eine willige politische Klasse in Europa arbeiten Hand in Hand, um eine echte Friedenslösung im Ukraine-Konflikt zu verhindern. Stattdessen wird die Eskalationsspirale weiter angeheizt – auf Kosten der europäischen Souveränität, Wirtschaft und Sicherheit.

Quelle: <https://rb.gy/8gpz6q>

Der Weg zum ÖXIT.

Der Austritt aus der EU ist im geltenden EU-Vertrag im Artikel 50 eindeutig wie folgt geregelt:

(1) Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.

(2) Ein Mitgliedstaat, der auszutreten beschließt, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus und schließt das Abkommen, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird. Das Abkommen wird nach Artikel 218 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausgehandelt. Es wird vom Rat im Namen der Union geschlossen; der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

zierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

(3) Die Verträge finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder **andernfalls** zwei Jahre nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung keine Anwendung mehr, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat einstimmig, diese Frist zu verlängern.

Kommentar der Redaktion: Das entscheidende Wort dabei ist das Wort „andernfalls“. D.h. ein Austrittsabkommen ist nicht zwingend nötig, auch ohne ein solches tritt der EU-Austritt zwei Jahre nach der Austrittserklärung eines Mitgliedstaates ohne weitere Formalitäten inkraft.



Buch-Zensur gescheitert! Germanen-Verleger wieder am Start.

von Daniell Pföhringer

Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, wie andere Staaten unseren Nachbarstaat Deutschland bezeichnen, dessen Sprache auch die Muttersprache von uns angestammten Östereichern ist. Nun - die offizielle englische Bezeichnung für Deutschland lautet „Germany“ - also Germanenland. Die französische Bezeichnung lautet „Allemande“, also Land der Alemannen, einem germanischen Volksanteil. Die italienische Bezeichnung lautet: „Allemagnia“. Alle wissen um den germanischen Ursprung unserer Heimat - nur wir selber nicht. Wir dürfen es nicht wissen!

Lesen Sie dazu nachstehend ganz aktuelle Ausführungen aus dem „Compact“-Magazin von **Jürgen Elsässer** und des Forscher-Ehepaares **Renate und Dr. Gerd Reuther** (siehe Seiten 9-11).

Viele waren empört! Bei einer Razzia unter fadenscheinigem Vorwand wurde der gesamte Buchbestand des auf germanische Frühgeschichte und Mythologie spezialisierten Forstite-Verlags von der Staatsmacht eiskalt ausgeräumt und ach so «gemeingefährliche» Werke wie «Historische Sagen, nacherzählt für Kinder» oder «Die Germanen: Kultur, Weltanschauung, Kriegsführung» beschlagnahmt.

Dabei war kein einziges Werk zu beanstanden!

«Insgesamt wurden bei dieser Aktion viele hunderte Exemplare von Büchern offensichtlich widerrechtlich beschlagnahmt», teilte Verleger Dennis Krüger mit. «Diese Aktion stellt ein Novum in der Geschichte der BRD dar, denn noch nie zuvor wurden ohne Verbotsverfügung alle verfügbaren Exemplare aller veröffentlichten Titel eines Ver-

lags beschlagnahmt.» Die Existenz einer ganzen Familie schien vernichtet, ein großer Schatz an Wissen über unsere Vorfahren für immer verloren!

Doch nun gibt es eine Wendung: Die perfide Buch-Zensur durch die Hintertür ist gescheitert! Da sämtliche der beschlagnahmten Werke vollkommen legal sind, konnte Verleger Krüger zahlreiche Grundlagentexte nachdrucken und vor dem Zugriff des Regimes sichern.

Folgende Werke sind daher nun frisch nachgedruckt und bei COMPACT erhältlich: im Online-Shop: www.compact-shop.de

oder direkt beim deutschen Verlag: COMPACT, 06667 Stößen, Gut Nöbeditz 1

● Historische Sagen und Geschich-

ten, nacherzählt für Kinder

- Der neue Ahnenreiseführer
- Die Entschlüsselung der Indogermanenfrage
- Die Germanen. Weltanschauung, Kultur, Kriegsführung.
- Der Aufgang der Schwarzen Sonne
- Herman Wirth: Was heißt deutsch?

Ein Kauf der weiter oben angeführten nachgedruckten Werke dient nicht nur Ihrer Wissenserweiterung, sondern ist auch ein Akt der Solidarität mit einem politisch verfolgten Verleger und seiner Familie. Jede Bestellung kommt auch ihm zugute und hilft ihm, seinen Rechtskampf gegen die Willkürmaßnahmen des Regimes zu führen.

Quelle: <https://rb.gy/rfgeoh>

Unsere verschwundene Vergangenheit

von Gerd und Renate Reuther

Die Zeit, die hinter uns liegt, ist unwiederbringlich verloren. Bestenfalls bleiben Fundstücke und Erinnerungen. Sind die letzten Zeitzeugen gestorben, fehlen die Erinnerungen. Dann künden nur noch Schriftstücke und Bodenfunde von der Vergangenheit. Dafür müssen Dokumente allerdings sorgfältig verwahrt und Bodenfunde gesucht werden. Trotz wahrscheinlich mehr als tausend keltogermanischer Grabhügel auf österreichischem Territorium sind bisher nur wenige geöffnet worden. Private Aktivitäten von Grundeigentümern sind inzwischen untersagt. Was ist von unseren Vorgängern noch übrig? Und wer waren diese überhaupt – Kelten, Römer, Germanen oder Slawen?

Das fehlende Bewusstsein unserer keltogermanischen Wurzeln beruht nicht nur auf einer Missachtung und Fehldeutung von Funden. Das scheinbare Fehlen einer schriftlichen Überlieferung sorgt in einer auf Schriftstücke fixierten Geschichtsschreibung für ein unweigerliches Verlöschen. Gibt es für Städte und Dörfer Funde aus der Stein- oder Halstatt-Zeit und wird keine Präsenz von Römern behauptet, weisen alle Ortsgeschichten ein Zeitloch über mindestens 1500 Jahre bis zum Hochmittelalter auf. Dann wären metallbewährte Ritter und Mönche in „leere“ Länder eingewandert... Alles spricht aber dafür, dass unsere Heimat durchgängig bewohnt war.

Erinnerungen verlöschen zwar mit dem Tod, aber gesprochene Worte, die Überlebende gehört haben und weitergeben, können dem unbarmherzigen Weiterschreiten der Zeit ein Schnippchen schlagen. Diese mündliche Tradition, die über die ältesten Dokumente hinausreicht, ermöglicht uns in Orts- und Landschaftsbezeichnungen noch das eine oder andere aus vorschrittlicher Zeit zu erhaschen. Benennungen von Flurstücken, Bergen, Seen sowie Überresten menschlicher Kulturleistungen sind Gucklöcher in unsere keltogermanische Vergangenheit. Oft verballhornt von späteren christlichen und römischen Umdeutungen sind noch nicht alle Spuren verwischt.

Christliche Umdeutungen

Im nördlichen **Bayern** liegt nahe



der Stadt **Forchheim** ein charakteristischer Tafelberg, genannt „Walberla“, auf dessen Plateau seit einigen Jahrhunderten ein kleines Kirchlein steht, das der Heiligen Walburga geweiht ist und die Bezeichnung des Berges zu erklären scheint. Der Name ist aber weit älter und hat mit der später erfundenen Heiligen nichts zu tun. Es ist umgekehrt: die Heilige trägt den Namen der ursprünglichen Bezeichnung „Wallburg“. Es handelte sich um eine befestigte keltische Höhensiedlung, die von einem Wall umgeben war.

Solche Wallburgen gab es überall in Mitteleuropa. Nicht nur die inzwischen museal kultivierten Keltensiedlungen auf dem Heuneberg in der **Schwäbischen Alb** oder dem Glauberg in **Hessen**. Die Stadt Eltmann am Main in **Unterfranken** feiert jährlich ihr Wallburgfest ohne die nacherfundene Heilige. Oberhalb von **Kelheim**, einer Kleinstadt an der Einmündung der Altmühl in die Donau, wird man fündig. In direkter Nachbarschaft zur Befreiungshalle sind heute noch ausgedehnte keltische Wallanlagen in gutem Erhaltungszustand zu besichtigen. Schon der Name der Stadt ist Programm: **Kelheim = Keltenheim**.

Hierzulande sind viele keltogermanische Heiligtümer allerdings überbaut worden, als der Kirchenkonzern die Deutungshoheit über die Geschichte übernahm. Eklatantes Beispiel der **Kärntner Magdalensberg**. Das vielleicht wichtigste keltische Heiligtum eines sehr ertragreichen Erzbergbaus wurde bereits vor 750 Jahren durch eine Kirche unzugänglich

gemacht. Seither müssen Spekulationen Erkenntnisse durch Ausgrabungen ersetzen. Aufgrund der strategischen Lage darf man auch für **Maria Taferl** oder **Kloster Göttweig** keltische Höhensiedlungen annehmen. Für kirchliche Einrichtungen war die entlegene Topographie auf einem Bergrücken unpraktisch. Es ging wohl um die Versiegelung von Vergangenheit.

Die christliche Vorgehensweise wird durch die Ereignisse bei der europäischen Kolonisierung auf anderen Kontinenten bestätigt. Tenochtitlan, das heutige **Mexiko-Stadt**, machten die Konquistadoren und Missionare dem Erdboden gleich und setzten ihre europäische Stadtlandschaft mit Kirchen darauf. Je monumentaler die Kathedralen, Klöster und Paläste, desto besser. Nichts ist so sicher vor Nachforschungen als etwas, das möglichst großartig überbaut ist. Wenn dann noch bei den transatlantischen Eroberungen der Europäer das indigene Schrifttum, das es reichlich gab, systematisch vernichtet wurde, resultieren scheinbare Zeitlöcher. Durch Funde von Runen in Skandinavien wissen wir, dass es sich auch bei den keltogermanischen Völkern keineswegs um schriftlose Kulturen handelte.

Auch andere Bezeichnungen täuschen christliche Traditionen vor, die nicht bestehen. Ortschaften in **Süddeutschland** heißen Messkirch oder Metten - lange bevor dort Priester „heilige Messen“ zelebrierten. Die Bezeichnung geht auf die vorchristliche Messung der Ankerpunkte eines Sonnenjahres zurück. Orte, an denen man anhand von natürlichen Landmarken oder mithilfe von Holz- oder Steinkreisen den kürzesten und längsten Tag, sowie die Tag- und Nachtgleichen bestimmte. Diese Mess-Feiern wurden durch Namensentlehnung und Inbesitznahme der zugehörigen Orte ab dem Hochmittelalter vom Kirchenkonzern in Beschlag genommen. Sind die christlichen Kirchen ganz überwiegend in Ost-West-Ausrichtung, dann spiegelt dies die Bedeutung der Himmelsrichtungen in vorchristlichen Naturreligionen wider.

Gleichzeitig wurden die mit sol-

chen Ereignissen verbundenen Feiern zurückgedrängt. Im süddeutschen und österreichischen Raum legen die Perchtenumzüge noch Zeugnis ab von der einstigen Verehrung der Göttin Perchta/Bertha, einer Erdmutter, die weiter nördlich „Holle“ genannt wurde. Der Ortsname **Hollabrunn** belegt ihre Kultstätten an Quellen und Teichen, die andernorts bis heute erhalten geblieben sind (z.B. in den baltischen Staaten) und bei uns zu Wallfahrtsorten umgewidmet wurden.

Römische Umwidmungen

Aber nicht nur christliche Verbrämungen haben unsere keltogermanische Vergangenheit in Vergessenheit geraten lassen. Auch angeblich römische Überbleibsel nördlich der Alpen überdecken Gewesenes, wo man keine christliche Tradition mehr glaubhaft machen konnte. Dabei hatte bis zum 15. Jahrhundert nicht einmal der Kirchenkonzern die Römer nördlich der Alpen im Bewusstsein. Kirchendokumente des späten Mittelalters nehmen keinen Bezug auf römische Hinterlassenschaften. Dabei hätte der geringere Zeitabstand und die Beschwörung eines römischen Ursprungs als Staatskirche jedem Überrest von Römern Reverenz erweisen müssen.

Aber die katholische Kirche erinnerte sich bis zur Renaissance noch nicht an ihre später behauptete römische Vergangenheit. Die heute als „Limes“ zum Welterbe erhobenen Mauerreste quer durch Süddeutschland waren für die Herren im Talar eine „Teuffelsmauer“. Die bis heute als römisches Stadttor vermarktete **Porta Nigra in Trier** überbaute man bis zur Unkenntlichkeit mit einer Kirche. Nach römischen Fundstücken suchte man erst, als ein „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ 1487 ausgerufen wurde und der Papst wirklich im heutigen Rom saß.

Aber gibt es nicht die für die Römer beweisenden Bodenfunde in **Carnuntum, Tulln, Zeiselmauer** und am **Wiener Michaelerplatz**? Die demonstrative Zurschaustellung von Mauerresten vor der Hofburg in Wien soll nur auf ein keltogermanisches Dorf zurückgehen, das das angeblich komplett überbaute Kastell **Vindobona** versorgt hätte. Auch die im Römermuseum bei der Ankeruhr präsentierte Fußbodenheizung kann

keine Römer beweisen. Warme Luft zur Beheizung von Steinen fand man schon in Keltensiedlungen. Gebäude wie der **Salzturm in Tulln** werden andernorts als mittelalterliche Breitwohntürme zugeordnet. Nirgends sonst findet sich so ein römisches Bauwerk. Gleiches gilt für die Turmreste in **Zeiselmauer**. Gut zu wissen, dass die Türme der Wiener Stadtbefestigung im 16. Jahrhundert auch als Überbleibsel der Römer galten.^A

Vindobona als Keimzelle von Wien wurde erstmals 1547 erwähnt.^B Carnuntum ist eine lateinisch klingende Ortsbenennung, die auf einen keltischen Namen zurückgeht. Die Römer hätten auch hier einen ortsständigen Namen einfach übernommen. Damit keltische Funde das Narrativ einer römischen Herrschaft nicht gefährden, wird inzwischen behauptet, dass die keltische Bevölkerung Carnuntums „gewaltsame Auseinandersetzungen mit den römischen Besatzungstruppen vermieden zu haben scheint und die lateinische Sprache übernommen hätte.“ Besonders in Carnuntum werden jetzt viele archäologische Zeugnisse als Weiterbestehen einheimischer Traditionen über die römische Eroberung hinaus zugestanden. Könnte dies nicht auch anzeigen, dass die Herrschaftsverhältnisse ganz anders waren?

Carnuntum ist jedenfalls dafür bekannt, dass dort in der Renaissance zahlreiche „römische“ Artefakte produziert und als vermeintliche Antiquitäten in Umlauf gebracht wurden. Der Wiener Humanist Wolfgang Lazius (1514-65) war notorisch für „lateinische“ Steininschriften, die es gar nicht gab oder die nachträglich gefertigt wurden. Ab dem 16. Jahrhundert war „Römisches“ ein Riesengeschäft. Das angebliche Ende der Römer in Bayern und Österreich kennen wir nur aus der Legende des Heiligen Severin, die eine merkwürdige Phantomgestalt namens Eugippius nach dessen Tod im 5. Jahrhundert geschrieben hätte. Eine kollektive Erinnerung an eine Präsenz von Römern gab es nirgends.

Die offizielle Internetseite der Stadt Wien zum **Leopoldsberg** lässt aufhorchen: „Da auf dem Burgstall bei Nussdorf, im Waldbachtal, in der Hackhofergasse und in der Himmelstraße keltische Streufunde gemacht

wurden, muss sich die Besiedlung auch auf die weitere Umgebung des Leopoldsbergs erstreckt haben. Auf der Bergspitze scheint sie erst um oder gar nach Christi Geburt geendet zu haben, um ihre unmittelbare Fortsetzung im 1. und 3. Bezirk zu finden. Die neuen Grabungsergebnisse zwingen (...) dazu, die Zuweisung des keltischen Ortsnamens Vindobona auf den Leopoldsberg zu überdenken.“ Strategisch ist klar, dass nur derjenige, der die Berghöhen des Wienerwaldes kontrollierte, Vindobona und die Donau beherrschte.

Bis zum Jahr 2016 war das mit dem keltischen Namen „Vindos“ verknüpfte Vindobona ein römisches Legionslager. Dementsprechend waren die wenigen Fundstücke „römisch“, obwohl militärische Ausrüstung fehlte. Zwei Weihesteine für Apollo/Jupiter und Äsculap/Sirona beweisen allerdings keine militärische Präsenz. Wie wäre es, wenn einfach zahlreiche Gewerbetreibende aus dem östlichen Mittelmeerraum hier ihren Geschäften nachgingen? Der verbreitete Mithraskult war vor allem die Religion levantinischer Händler. Römische Münzen können wie andere Fremdwährungen durch keltische Händler eingetauscht und als universelles Zahlungsmittel genutzt worden sein. Da die älteste nachgewiesene keltische Münzprägestätte am **niederösterreichischen Sandberg** gefunden wurde, sind alle Münzfunde neu zu bewerten.

Dennoch gilt in Wien immer noch alles, was man in der Tiefe findet, erst einmal als „römisch“. Im Oktober 2024 machte ein Simmeringer Massengrab von etwa 150 jungen Männern mit Zeichen tödlicher Gewalteinwirkungen in allen Medien als sensationeller Römerfund die Runde. Einziger Hinweis: die Verzierung einer einzigen Dolchscheide. Fragt man ein Jahr später nach, hält man sich bei den zuständigen Archäologen bedeckt. Die Untersuchungen und Auswertungen dauerten an und würden noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Wort „Römer“ scheint niemand mehr in den Mund nehmen zu wollen.

Das „**römische Wels**“ hat nicht mehr vorzuweisen als eine kniehohle, frisch vermörtelte Mauer, die aus jeder Zeit stammen kann, da weder Steine

^{A+B} Sakl-Oberthaler et al.: *Von der mittelalterlichen Stadtmauer zur neuzeitlichen Befestigung Wiens. Historisch-archäologische Auswertung der Grabungen in Wien 1, Wipplingerstraße 33–35. MSW 2016; 9:257*



Aktuelles Buch von Gerd Reuther, 191 Seiten, Engelsdorfer Verlag, ISBN 978-3-690-95117-3

noch Mörtel datierbar sind. Die Mär vom römischen Spezialmörtel ist längst als Legende entlarvt. Rechtwinkelige Straßenkreuzungen fand man auch in Keltenschanzen. Das im Museum stolz präsentierte Steinrelief eines Ehepaars stammt aus Italien. In **Linz** oder **St. Pölten** sieht es nicht aussagekräftiger aus: geprägte Ziegel, einige Meilensteine und undatierbare Statuetten. Alles Übrige sind Spekulationen. Angeblich beweisende Gebäudereste und Bodenfunde lösen sich bei näherem Hinsehen schnell ins Nichts auf.

Wie dreist keltische Ursprünge sprachlich verschliffen wurden, zeigt die Stadt **Worms am Rhein**. Die offizielle Geschichtsschreibung gesteht inzwischen zu, dass die Ansiedlung auf eine Verehrung der keltischen Göttin Borbet als eine der drei keltischen Bethen zurückgeht: Ambeth, Wilbeth und Borbeth. Die Lautverschiebung vom „B“ zum „W“ ist eine vielerorts nachgewiesene Entwicklung. Im gesamten Gebiet um den Oberrhein zeugen auch die ungewöhnlichen Widmungen von Kirchen für „drei Marien“, die die keltischen Vorläuferinnen aufgriffen. In bayerischen Landen wurden sie zu den „3 Madln“ ins unverfängliche Brauchtum integriert.

Nach der plötzlichen Gedächtnisaufrischung der Kirche in der Renaissance brachte man ein Dokument bei, in dem schon im 2. Jahrhundert eine römische Verwaltungsein-

heit „Borbetomagus“ an gleicher Stelle behauptet wurde. Die Römer hätten wie schon öfter andernorts erobert, aber die keltischen Namen übernommen. „Borbetomagus“ heißt nichts Anderes als Heimstätte der Borbeth. Uncharakteristische Mauerreste unter dem Wormser Dom, die bei Grabungen in den Jahren 1907/8 aufgefunden wurden, deutete dann ein einziger Historiker 1938 in Reste eines „römischen Forums“ um. Obwohl „sonst nichts gefunden wurde, gilt Worms seither als römische Gründung... Entlarvend ist hier, dass die angeblich römischen Mauerreste weder beim Bau der ersten Kirche um das Jahr 1200, noch bei den zahlreichen Umbauten gesichert und als römische Vergangenheit zelebriert wurden.

Die jüngste Strategie, um unsere keltogermanischen Wurzeln unsichtbar zu machen, besteht in einem sprachlichen Trick: „römisch“ wurde zu „römerzeitlich“. Was nur als Nuance imponiert, hat Auslöschungspotential. Am besten erkennt man dies, wenn Bodenfunde aus einer Region als „römerzeitlich“ bezeichnet werden, in der nicht einmal die auf Römer eingeschworenen Historiker eine frühere Römerpräsenz behaupten wollen. Hierdurch wird für keltogermanische Bodenfunde in **Nord- und Mitteldeutschland** eine römische Vergangenheit suggeriert, die es definitiv nicht gab.

Dies trifft aber auch auf Funde aus Österreich zu, wenn das Steinrelief eines norischen Ehepaars wie in **Steinerkirchen an der Traun** als „römerzeitlich“ klassifiziert wird. Es wird der Eindruck erweckt, dass keltogermanische Funde nur ein Beifang einer römischen Vergangenheit wären, für die bei genauem Hinsehen in Österreich und Süddeutschland Beweise fehlen. Die norische Haartracht ist aber selbst für Amtshistoriker beweisend für indigene Bewohner. Eine jahrhundertelange Militärpräsenz hätte in der vielerorts intensiv auf- und umgegrabenen Bodenkruke zahlreiche Militaria zutage fördern müssen. Die wenigen Einzelstücke sehen noch dazu überraschend frisch aus...

Vernachlässigte Kelten

Über die keltogermanischen Ureinwohner im heutigen Österreich wissen wir wenig. Von angeblich 13 Stämmen, die nur in dubiosen lateinischen Schriftstücken unter der

Bezeichnung „Noriker“ zusammengefasst werden, sind nur 8 auf einer Steininschrift vom Kärntner Magdalensberg erwähnt. Umliegende Gebäudereste werden ohne beweisende Funde als „römische“ Gebäude interpretiert, obwohl dort ein keltisches Handelszentrum belegt ist. Inschriftensteine und plastische Fragmente, deren Alter nur geschätzt ist, tauchten erst ab dem Jahr 1500 vielerorts auf, als die Jagd auf Römisches begann. Schon damals vermutete man Fälschungen, wenn überraschend „Römisches“ präsentiert wurde.

Ganz im Gegensatz zu den Römern hat die Erforschung der österreichischen Ureinwohner keinerlei Priorität. Spektakuläre Asservate wie der keltische Wagen wurden zwischenzeitlich aus der Ausstellung in **Hallein** entfernt. Seitdem versucht man selbst alle Spuren dieses Fundes im Internet zu tilgen. Um Sprache und Schrift der Kelten ranken sich Spekulationen. Unser Wissen speist sich mehr über Zufallsfunde als ergebnisorientierte Projekte. Die wahrscheinlich größte keltische Stadt in Europa am **Sandberg bei Roseldorf** ist lange ignoriert worden und bis heute kaum erforscht. Auf dem strategisch wichtigen **Bisamberg bei Wien** wurde nie gegraben.

Herausragende Funde wie der Kultwagen von **Strettweg**, der heute im Schloss **Eggenberg in Graz** zu besichtigen ist, haben in 175 Jahren seit ihrer Auffindung nicht den ihnen gebührenden Platz im kollektiven Bewusstsein des Landes erhalten, geschweige denn Eingang ins Welterbe gefunden. Die Siedlungen auf dem Falkenberg oberhalb von **Judenburg** sind noch nicht annähernd erforscht. Unsere Vergangenheit wartet eigentlich nur darauf, von uns entdeckt zu werden.

Univ.-Doz.(Wien) **Dr. med. Gerd Reuther** ist Radiologe, Medizinhistoriker und der meistgelesene Medizinaufklärer im deutschsprachigen Raum. **Dr. Renate Reuther** ist Historikerin. Zusammen haben sie die Geschichte immer wieder gegen den Strich gebürstet. Zuletzt: „Die Eroberung der Alten und Neuen Welt“, „Tatort Vergangenheit“. Soeben erschienen ist eine umfassende Impfgeschichte: „Riskanter Schutz“ (siehe Kasten links oben).

Großer Wahlsieg für Brexit-Vorkämpfer Nigel Farage bei Kommunalwahlen in Großbritannien

von Thomas Oysmüller, TKP, Blog für Science und Politik

In Großbritannien zerbricht das Labour-Tories-Parteiensystem. Die jüngsten Wahlen in England, Schottland und Wales rücken Labour weiter an den Abgrund. Die großen Sieger sind die rechte Neu-Partei Reform UK von Nigel Farage und die noch jüngere nationalistische Restore Britain.

Brexit-Macher Nigel Farage feierte am 10. Mai 2026 einen fulminanten Wahlsieg. Narrative, wonach die Briten den EU-Austritt bereuen würden, sollte man damit endgültig ad acta legen - vielen Briten ging der Bruch nicht weit genug. Keir Starmer, der sich eng mit Brüssel verbündet, erlebte eine massive Niederlage.

Gewählt wurde in **England** auf kommunaler Ebene, in **Schottland** und **Wales** das Parlament. Reform UK kam von null auf 1.443 Sitze in Englands Kommunen und wurde damit auf Anhieb stärkste Kraft. In 14 Bezirken, darunter auch ehemalige Labour-Hochburgen, holte man die absolute Mandatsmehrheit, teilweise verdrängte man Labour komplett. Die britischen Sozialdemokraten laufen nach rechts aus.

Farage interpretiert die Ergebnisse als „entscheidenden Schritt“ Richtung Regierungsübernahme 2029. Die nationale Äquivalentstimme lag bei etwa 27 %. Hätte man das Unterhaus gewählt, wäre Reform UK die stärkste Kraft geworden. Die etablierte Politik mit Ukraine-Kriegskurs, Einwanderung, woker Kulturpolitik und digitaler Kontrolle ist in England mittlerweile massiv verhasst. Besonders wo der Brexit-Anteil über 45 % lag, schnitt Reform besonders stark ab. Man gewann Sitze sowohl von Labour als auch von den Tories, die Konservativen kommen nur noch auf 773 Sitze. In Schottland und Wales legte Reform ebenfalls zu, blieb aber hinter SNP bzw. Plaid Cymru.

Farage führt eine politische Bewegung an – allerdings schon länger nicht mehr uneingeschränkt. Denn nicht nur Reform, sondern auch Restore Britain feierte ihren Durchbruch. **Restore Britain**, angeführt von Rupert Lowe (Ex-Reform-Abgeordneter für Great Yarmouth, der sich mit Farage überworfen hatte), ist noch einmal deutlich schärfer im Programm, vor allem, was die Ausweisung von Migranten und Ausländern betrifft. Man kritisiert Reform als nicht konsequent genug in Fragen von Einwanderung,

Islam und „nationaler Erneuerung“.

Die lokale Schwesterpartei Great Yarmouth First trat nur in Lowes Wahlkreis an und erzielte einen kompletten Sweep: Alle 10 Kandidaten (9 für Norfolk County Council, 1 für den Borough Council) wurden gewählt – teilweise mit riesigen Mehrheiten (über 1.100 Stimmen Vorsprung vor Reform UK). Lowe sprach von einem „historischen“ Tag und einem Signal für seine nationale Partei, die erst im Februar 2026 gegründet wurde. Bisher machte man nur lokal Schlagzeilen, aber bis zur Parlamentswahl 2029 könnte sie noch wesentlich an Einfluss gewinnen.

Insgesamt verlor Labour rund 1.395 Sitze und die Kontrolle über 35 Bezirke; Starmer sprach von „schmerzhaften“ Ergebnissen, schließt aber einen Rücktritt aus. Freilich wird die Politik unter ihm einfach so weitergehen. Die Konservativen büßten 555 Sitze und 6 Bezirke ein.

Auch die Grünen konnten zulegen. Ihren Wählern ist „Labour“ vermutlich nicht „links“ genug. Die britischen Grünen konnten vor allem durch ihre pro-palästinensische Position zuletzt von Labour etwas abgrasen. Der grüne Parteichef warb etwa mit dem Spruch: „Palästina steht zur Wahl“. Wer also eine Stimme für Palästina abgeben will, müsse Grün wählen.

In **Wales** erlitt Labour ebenfalls eine historische Schlappe, in **Schottland** blieb die SNP stärkste Kraft ohne absolute Mehrheit. Die britische Sozialdemokratie steht dabei durchaus für Schwesterparteien in Europa: Nach rechts verliert man Wähler aufgrund der zu liberalen Kultur- und Einwanderungspolitik, nach links aufgrund der Unterstützung (oder zumindest zu schwachen Abgrenzung) für Israel. Dazu kommt die wirtschaftlich verheerende Kriegspolitik (und davor Lockdowns), die das Leben für viele Bürger immer schwerer macht.

Quelle: <https://rb.gy/sb4efd>

**Die WEGWARTE wird seit 36 Jahren ohne Subventionen und ohne Parteien- oder Firmenin-
serate herausgegeben und erstellt von ausschließlich ehrenamtlichen Mitarbeitern. Ermöglicht
wird das durch Kostenbeiträge aller Spender, wofür wir sehr herzlich danken. Wir hoffen, daß
noch viele weitere Spender dazukommen, damit wir die Auflage bei steigenden Kosten halten
können. In dieser Ausgabe wurde der inhaltliche Umfang um ein Drittel erhöht; wenn mög-
lich, bitten wir um entspr. finanzielle Berücksichtigung.**

ihu@a1.net - www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt, 36. Jahrgang, Folge 2, Juni 2026

ZulassungsNr. "SP20Z042089S", Druck: Hannes Schmitz, 3400 Klosterneuburg, Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 0664/489 37 97 oder 0677/643 541 01, ihu@a1.net
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19.05.2026, **Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: BAWAATWW**